

Von der Abwehr „armenischer Thesen“ zur proaktiven Vergangenheitspolitik

Studie zum türkischen Umgang mit der Erinnerung an 1915

VON TESSA HOFMANN

Reaktiv und apologetisch – türkisch-republikanische Rechtfertigungsliteratur

Reaktiv und apologetisch – türkisch-republikanische Rechtfertigungsliteratur: Das große Schweigen, das in der türkischen Öffentlichkeit nach dem „systematisch organisierten Völkermord“ (S. 33) an den osmanischen Armeniern herrschte, wurde erst drei Jahrzehnte später durchbrochen. 1950 erschien mit Esal Uras' Buch „Die Armenien in der Geschichte und die Armenische Frage“ der erste von vielen türkischen Beiträgen einer staatlich organisierten Rechtfertigungsoffensive. Als Mitglied der jungtürkischen İttihat ve Terakki, das aktiv an Armenierdeportationen teilnahm, verband Uras die Generation der Täter mit ihren Apologeten. Deren Ihre Rechtfertigungsmuster reichen entsprechend bis in die Tatzeit bzw. zu den „Begründungen,“ der Täter zurück, die wie alle Völkermörder ihre Verbrechen als defensiv („Notwehrrecht“) bzw. präventiv und daher gerechtfertigt empfanden. Die Argumentation der Wortführer der türkischen nationalistischen Elite - Seyhan Bayraktar zitiert den Diplomaten und Historiker Reşid Saffet, doch es ließen sich auch die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Halide Edip oder der für den Genozid an den Armeniern als Innenminister hauptverantwortliche Mehmet Talaat anführen - belegen eine ausgesprochene Opferrhetorik sowie eine Umkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses, auf deren psychologische Dimension die Autorin leider nicht eingeht (48-49).

Zu den stereotypen, bis heute verwendeten Rechtfertigungsmustern gehört ferner das Konstrukt der angeblichen osmanisch-armenischen Harmonie, die aber vom europäischen Imperialismus getrübt bzw. vom armenischen Nationalismus aufgekündigt wurde (S. 46-48). Die Harmoniebehauptung unterstellt ein angeblich gleichberechtigtes armenisch-türkisches Verhältnis auf gleicher Augenhöhe.

Die Forschungslücke, die ihre Dissertation schließen soll, beschrieb die Politologin Seyhan Bayraktar als „Frage, wie sich die von der türkischen Historiogra-

phie produzierte Geschichtsdeutung im Gegenwartsdiskurs empirisch niederschlägt, ob sie gleich geblieben, sich gewandelt hat, und wenn ja, in welcher Form?“ (S. 56)

Obwohl die publizistisch-wissenschaftliche Rechtfertigung der osmanischen Armenierpolitik bereits früher einsetzte, führt S. Bayraktar die türkische öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auf die Militanz „eines Teils der armenischen Diaspora“ und damit auf das Jahr 1973 zurück: „Die Anschläge zwangen die türkische Politik und Gesellschaft gewissermaßen dazu, sich in der einen oder anderen Form mit den Ereignissen von 1915 zu beschäftigen.“ (S. 39)

Ausgehend von der Annahme, dass Geschichte stets von der Gegenwart ausgehend gedeutet wird, erstreckt sich ihr Untersuchungszeitraum über drei Jahrzehnte (1975-2005), wobei sie den jeweiligen Erinnerungsdiskurs vorwiegend aus der liberal-nationalistischen (*Milliyet*, *Cumhuriyet*) und konservativ-nationalistischen Tagespresse (*Hürriyet*, *Milli Gazete*) rekonstruiert und in seinem innen- wie außenpolitischen Kontext analysiert. Beides konnte, wie S. Bayraktar nachweist, erheblich auseinander klaffen, besonders seit den 1980er Jahren.

Nachlassende Brisanz versus Gründungsmythen

Seyhan Bayraktar bietet einen umfangreichen methodentheoretischen Apparat („Theoretischer Rahmen“ und „Konzeptionelle Grundlagen“, S. 59-96) auf, um die Vorgehensweise ihrer Diskursanalyse zu begründen. Dabei setzt sie sich auch mit der Zunahme öffentlicher Entschuldigungen sowie der These auseinander, wonach solche Entschuldigungen umso leichter fallen, je länger kollektive Verbrechen zurückliegen. Dem stünden allerdings kulturelle Besonderheiten wie z. B. nationale Gründungsmythen entgegen, denn diese „konstituieren kollektive Identitäten, die in aller Regel auf nationalstaatliche Identitätsprinzipien und damit auf einer ausschließenden nationalistischen Definition von Innen und Außen,

dem Eigenen und dem Anderen beruhen. Die Annahme, dass Schuldeingeständnisse auf die christlich-jüdische Traditionen zurückgehen, und die Vorstellung, dass nationalistische Gründungsmythen ebensolche Schuldeingeständnisse verhindern können, lassen im Fall der Türkei also eher eine Vertiefung der Leugnungsmuster hinsichtlich der Massaker an den Armeniern als ein Zugeben von Schuld erwarten.“ (S. 69)

Widersprüchliches Armenierbild

Die Anschläge armenischer „Aktivisten“ in den 1970er Jahren nahmen die türkischen Medien in drei „Deutungsrahmen“ wahr: als Terrorismus, als Minderheitenkonflikt sowie im traditionellen Rahmen der angeblich von den Armeniern aufgekündigten osmanisch-armenischen Harmonie. Das Bild des Armeniers ist stark von Geheimbündelei und Terrorismus geprägt, wobei türkische Medien vor dem Hintergrund des Zypernkonflikts zunächst auf mögliche organisatorische Querverbindungen der ASALA mit der ECKA-B spekulieren.

Schon 1973 wird jedoch zwischen den Auslandsarmeniern als den „ewig Gestrigen“ und „unseren Armeniern“ als Teil der türkischen Nation unterschieden. Diese bis heute wirkmächtige, weil flexible Aufspaltung erlaubt die ausschließliche Zuschreibung negativer Eigenschaften an die Auslandsarmenier, während die „türkischen Armenier“ in *Hürriyet* deshalb als liebenswert empfunden werden, weil sie sich den Türken besser als irgendeine andere Minderheit angepasst hätten (S. 116). Armenier werden als gewaltbereit wahrgenommen, gleichzeitig aber auch als passiv und ferngesteuert (S. 133).

Der „militante Erinnerungskampf“ der ASALA löste im darauf folgenden Jahrzehnt die „Internationalisierung der Armenischen Frage“ aus. Dieser Prozess fällt mit der größten außenpolitischen Isolation der Türkei infolge des Militärputsches von 1980 zusammen. Mit seinem Beschluss von 1987 erhob das Europäische Parlament den selbstkritischen „Umgang der Türkei mit der Armeni-

schen Frage zu einem beitragsrelevanten Aspekt im EU-Beitrittsprozess“ der Türkei (S. 141), wozu aber das Militärregime, das sich 1980 in der Türkei etabliert hatte, unfähig war. Es leitete stattdessen eine allgemeine Entpolitisierung in der zuvor stark politisierten und polarisierten Öffentlichkeit ein und zugleich eine Rückbesinnung auf den Islam als integrativer Kraft ein. Die von der Neuausrichtung verunsicherten kemalistischen Eliten reagierten sowohl antieuropäisch, als auch antiislamisch: Sie lehnten die islamische Rhetorik des Juntachefs und Staatspräsidenten Kenan Evren ab und führten im Unterschied zu ihm die Resolution des Europäischen Parlaments nicht auf antiislamische Vorurteile der Europäer zurück, sondern auf türkische Politikdefizite, in erster Linie auf die fehlende Demokratie und daraus ableitbare Ansehensverluste im Ausland.

Eines der überraschendsten Ergebnisse der Diskursanalyse ist, dass es dabei um alles andere als um die Frage ging, „was sich 1915 wirklich zugetragen hatte (...)“ Der damalige Diskurs machte 1915 „nicht zum Problem der unaufgearbeiteten Geschichte, sondern zum Beleg für die politische Außenseiterrolle, in der sich die türkischen Eliten aufgrund der Militärdiktatur (...) sahen (...)“ (S. 176)

Abwehrstrategien

S. Bayraktars Analyse bestätigt, dass die propagandistische Abwehr der armenischen „Anerkennungs“forderung nach außen gerichtet verlief bzw. als vorrangig außenpolitische Aufgabe wahrgenommen wurde. Das türkische Außenministerium reagierte auf die Internationalisierung der armenischen Anerkennungsforderung auf zwei Ebenen: „Zum einen wurde eine Kerngruppe von professionellen Abwehrakteuren ausgebildet, die auf diplomatischer Ebene die Gefahr des ‚armenischen Terrorismus‘ exklusiv herausstellte und bis in die Gegenwart im Einsatz ist. (...) Zum anderen konzentrierte sich die Türkei auf machtpolitische Argumente, indem sie ihre geostrategische Lage ins Spiel brachte, sobald ein westlicher Verbündeter sich kritisch an die Armenierfrage wagte. (...) Mit dieser Strategie hat die Türkei eine Völkermordanerkennung durch die USA bis heute verhindern können.“ (S. 278)

Türkische Migrantenorganisationen in Europa und den USA waren und sind in

die staatliche Abwehr des Herkunftslandes aktiv eingebunden. So kündigte 2005 die Assembly of Turkish American Associations (ATAA) eine Eingabe gegen den Verstoß auf Meinungsfreiheit beim US-Kongress an (S. 152). In Europa einschließlich Deutschlands tut sich vor allem die European Association of Turkish Academics (EATA) hervor, die nach ihrer Selbstdarstellung aus eingetragenen und als gemeinnützig anerkannten, der „Völkerverständigung“ dienenden Ortsvereinen besteht. Vor der Verabschiedung der Bundestagsresolution von 2005 und zum Brandenburger „Schulbuchskandal“ – gemeint ist die 2005 veröffentlichte „Handreichung“ für die Behandlung von Genozid im Geschichtsunterricht in der Sekundarstufe – schaltete sich EATA wortlaut ein und warnte vor einer „Relativierung des Holocaust“ (S. 153), sollte in den Schulen Brandenburgs auch der Genozid an den Armeniern im Unterricht behandelt werden.

Paradigmenwechsel?

Mit der vor allem von der deutschen rotgrünen Regierungskoalition geförderten Wende in der Türkeipolitik der EU (1999) und der aus geostrategischen sowie sicherheitspolitischen Erwägungen eingeleiteten Beitrittspartnerschaft (2000) beginnt die letzte Phase und bis zur türkischen Absage an die Verständigungsprotokolle (April 2010) anhaltende Phase im Untersuchungszeitraum. Laut Bayraktar wurde sie von einem „vergleichsweise radikalen Wandel“ in der türkischen Armenienpolitik geprägt, nämlich der Abkehr von der bisherigen Isolation Armeniens durch die Türkei (S. 196 f.). Ein zweites Merkmal dieser jüngsten Phase bestand in der wachsenden „innergesellschaftlichen Infragestellung“ der offiziellen Leugnungspolitik, „bei der kritische Stimmen den dominanten Leugnungsdiskurs zunehmend in Frage stellen“ (S. 279). Das dritte und vermutlich ausschlaggebende Merkmal zeigte sich in der faktischen Folgenlosigkeit der genannten Änderungen, und zwar auf Regierungspolitischer Ebene ebenso wie im Diskurs der liberalen Eliten.

S. Bayraktar zufolge gelang der türkischen Regierung mit dem Armenien 2005 unterbreiteten Vorschlag zur Gründung einer gemeinsamen Historikerkommission der Wechsel von der bloßen Abwehr der „armenischen Thesen“ zur proaktiven

und auf internationaler Ebene akzeptierten Vergangenheitspolitik: „Der Vorstoß signalisierte Offenheit und Dialogbereitschaft und stieß international auf positive Resonanz. (...) Vor allem aber lieferte der Vorstoß ein überzeugendes Argument, weitere Anerkennungsinitiativen mit dem Verweis auf die eigene konstruktive Haltung und Dialogbereitschaft aufzuhalten“ (S. 280). Die Autorin stellt dies wissenschaftlich sachlich fest, doch nicht affirmativ, wie sich aus dem Gesamtzusammenhang ihrer Studie ergibt. Dass ihre Feststellung leider allzu berechtigt ist, musste jeder Aktivist der Anerkennungs-bewegung seither feststellen, und zwar bereits seit 2001, dem Gründungsjahr der Turkish Armenian Reconciliation Commission (TARC). Diese bildete den Start einer im Kern auf die Zementierung der Leugnung abzielenden Politik, die schon damals ihre weitgehende Absegnung durch die Partner der Türkei in Europa und den USA erfuhr, wie auch fortgesetzte Stellungnahmen der Bundesregierung auf Kleine Parlamentsanfragen belegen. Das Hauptergebnis dieser Entwicklung war die gezielte Auslagerung des Genozids an den Armeniern aus der internationalen Öffentlichkeit bzw. den Legislativen dritter Staaten in rechtlich völlig inkompetente, weil befugnislose Gremien („Historikerkommissionen“). S. Bayraktar bezeichnet diese Entwicklung als „Historisierung der Armenierfrage“. Ebenso gut kann man sie auch als politische „Dialogisierung“ anstatt einer juristisch verbindlichen Qualifizierung umschreiben. Mit der Unterzeichnung der armenisch-türkischen „Protokolle“ im Oktober 2009 fand diese Politik ihren vorläufigen Höhepunkt.

Trotz der zunehmenden „Stimmdiversifikation“ in den türkischen Eliten fand aber auch dort, wie das Beispiel der „Entschuldigungskampagne“ (2008) zeigte, kein durchgreifender Wandel statt. „Denn die kritischen Intellektuellen bedienen sich selbst einer ausgeprägt nationalistischen Rhetorik, um ihre Positionen im Hinblick auf die Armenierfrage zu rechtfertigen.“ (S. 271) Der schwammige Text der Internet-Entschuldigungskampagne vermied, wie fast sämtliche öffentlichen Erklärungen der liberalen Elite bisher, das Wort Genozid (türk. soykırım oder jenosid) und ersetzte – zudem in absichtlicher Fehledeutung – den zeitgenössischen armenischen Begriff „(meds) jeghern“ (großer Frevel, Verbrechen)

durch „büyük felaket“ („große Katastrophe“). Einer der Initiatoren der Kampagne, der Istanbuler Politikwissenschaftler Baskın Oran, verteidigte sie in *Hürriyet* gegen die Angriffe von Nationalisten bezeichnenderweise mit der Behauptung, dass Regierungschef Erdoğan dankbar sein müsse: „Bislang haben Parlamente weltweit immer wieder Völkermordentscheidungen getroffen. Das wird jetzt aufhören. Die [armenische] Diaspora ist besänftigt. Die internationale Presse hat aufgehört, den Begriff Genozid zu verwenden.“ (S. 273)

Der Erfolgsmaßstab für Aktivitäten wie der Entschuldigungskampagne oder der „neuen“ Regierungspolitik bestand offenbar in der Folgenlosigkeit dieser Initiativen, die mithin reine Symbolpolitik blieb. Ein „selbstkritischer Gegendiskurs (...)“, der die Perspektive und Bedürfnisse der Opfer“ einnimmt (S. 271), und „eine paradigmatische Wende im Umgang mit der mörderischen Vertreibungspolitik von 1915“ stehen noch aus (S. 284). Der Weg dorthin, so der Schlussappell der Autorin, hänge entscheidend davon ab, dass Europa den EU-Beitritt der Türkei nicht von der Anerkennung abhängig macht, sondern darauf vertraut, dass die gerade die Europäisierung die Vergangenheitsaufarbeitung weiterhin befördere.

Schlussbemerkung

Für mich als Rezensentin war die Lektüre dieses Buch äußerst reizvoll, handelte es *doch* von einem Zeitabschnitt sowie von Ereignissen, die ich nicht nur als Zeitzeugin, sondern als aktive Teilnehmerin des armenischen „Erinnerungskampfes“ erlebt habe. Nicht allen Einzelbeobachtungen und Sachbehauptungen S. Bayraktars vermag ich zuzustimmen, und manche missverständliche Formulierung sollte bei einer Neuauflage korrigiert werden (z. B. „französische Völkermordentscheidung“, S. 222 u. a.). Gleichwohl empfehle ich nachdrücklich allen an türkischer und armenischer Gegenwartsgeschichte Interessierten dieses ebenso beherzt wie intelligent geschriebene Buch.

Seyhan Bayraktar: Politik und Erinnerung: Der Diskurs über den Armeniermord in der Türkei zwischen Nationalismus und Europäisierung.

- 311 S., Bielefeld (Transcript) 2010. ISBN 978-3-8376-1312-4. Preis: 29,80 EUR.